

Westerstede, 03.08.2009

**„Daheim statt Heim“ in Westerstede
SPD fordert Baustopp für Alten - und Pflegeheime und neue Konzepte**

Die Stadt sei den Menschen am nächsten und habe eine Schlüsselfunktion bei der Bereitstellung von Wohn- und Infrastruktur, die allen Bürgerinnen und Bürgern ein selbst bestimmtes Leben zu Hause ermögliche, auch wenn sie gesundheitlich eingeschränkt und alt seien.

„Alle verfügbaren Umfragen zeigen, dass weit über 90% der Menschen auch in fortgeschrittenem Alter und bei Krankheit zu Hause leben möchten. Der Umzug in ein Heim erfolgt meistens mangels alternativer Möglichkeiten und selten freiwillig mit oft erschreckenden Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit.“ erläutert die Vorsitzende Martina Steguweit-Behrenbeck den Ausgangspunkt der Überlegungen, deshalb sei bereits aus humanitären Gründen ein Paradigmenwechsel bei der Planung von Versorgungsstrukturen unumgänglich.

„Wer Alternativen zur Heimversorgung aus diesen Gründen nicht schon für absolut notwendig hält, sollte wenigstens aus ökonomischen Gründen ernsthaft und schnell darüber nachdenken.“ fordert Steguweit-Behrenbeck die Ratskollegen aber auch Kreistagsabgeordneten aus allen Fraktionen zum Handeln auf, denn wenn an den bestehenden Strukturen nicht kurzfristig Änderungen erfolgen würden, würde die demografische Entwicklung zu einem wachsenden Bedarf an stationären Pflegeplätzen führen, die von den kommunalen Haushalten trotz Pflegeversicherung mitfinanziert werden müssten.

Um in der vertrauten Umgebung bleiben zu können, müssten bei entsprechendem Bedarf Dienstleistungsangebote verfügbar gemacht werden, wenn Angehörige die Versorgung nicht bewerkstelligen können.

„Wir stellen uns vor, insbesondere durch konsequente Beratungs-Kampagnen „Barrierefreiheit im Haus“, Alltagshilfen und Gemeinschaftsangebote in den jeweiligen Wohnquartieren selbstständiges Wohnen zu unterstützen und später auch durch quartiersbezogene häusliche Pflege sicher zu stellen.“ so die Pressemitteilung der SPD.

Werde allerdings eine grundsätzliche Entscheidung in der Stadt gefällt, Menschen in allen gesundheitlichen Lebenslagen den Verbleib in ihrem Zuhause zu ermöglichen, bedinge dies auch, dass sich andere Entscheidungen diesem Ziel unterordnen. Auch ein Einzelhandelskonzept beispielsweise sei dann daran zu messen, ob die kleinräumige Versorgung in jedem Stadtquartier sicher gestellt sei.

Martina Steguweit-Behrenbeck
Vorsitzende des Ortsvereins Westerstede

WST - SPD